

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz

25. Sitzung
6. September 2018

Beginn: 10.37 Uhr
Schluss: 12.28 Uhr
Vorsitz: Oliver Friederici (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Senatorin Regine Günther (SenUVK) bemerkt einleitend, dass der Sommer heiß und trocken gewesen sei und die Trockenheit weiterhin anhalte. Nach Voraussagen der Klimawissenschaftler seien solche wie auch extremere Sommer künftig häufiger zu erwarten. Das öffentliche Grün habe unter der Trockenheit gelitten. Den seinen Bezirken 900 000 Euro aus dem BEK für zusätzliche Bewässerung zur Verfügung gestellt worden, die die Bezirksämter in Eigenregie verausgab hätten. SenUVK habe Gespräche mit BSR, BWB und THW geführt, die die Bezirke bei der Bewässerung schnell und unbürokratisch unterstützt hätten, wofür sie Dank ausspreche, denn damit habe das Schlimmste abgewendet werden können. Bei 433 000 Straßenbäumen und 5 411 ha öffentlicher Grünfläche sei dies eine Herkulesaufgabe gewesen.

Zusammen mit Hochschulexperten sei SenUVK dabei, einen Plan mit strukturellen Konsequenzen aus dem Klimawandel aufzusetzen, den sie dem Ausschuss zu gegebener Zeit gerne vorstellen werde. Sie meine, dass man sich bislang zu wenig damit beschäftigt habe. In einer Übergangsperiode von ungefähr zehn Jahren werde man vorausschauend handeln müssen, um auf extreme Hitzeperioden, Starkregen und Stürme vorbereitet zu sein.

Tino Schopf (SPD) spricht an, dass die Gebühr für bargeldloses Zahlen im Berliner Taxigewerbe entfalle. Inwieweit beabsichtige der Senat, durch einen höheren Kilometerpreis einen Ausgleich für die dem Taxiunternehmen anfallenden Transaktionsgebühren zu schaffen?

Senatorin Regine Günther (SenUVK) legt dar, die Verordnung über Beförderungsentgelte im Taxenverkehr werde überarbeitet, der Zuschlag von 1,50 Euro nicht mehr erhoben. Seit 2010 müsse bargeldlose Zahlung akzeptiert werden. Jedoch hätten sich die Zahlungssysteme und Gebühren seither verändert. Seit 2015 deckele eine EU-Verordnung die Kosten auf 0,3 Prozent, sodass eine Umlage deutlich geringer als bei der Einführung des Zuschlags – seinerzeit 3 Prozent – ausfiele. SenUVK werde dies integrieren, wenn es Ausfälle gebe.

Tino Schopf (SPD) bittet, sofern dem Senat eine Wirtschaftlichkeitsberechnung des Taxigewerbes vorliege, um Auskunft, inwieweit er die Berechnung für angemessen halte und wie er die Befürchtung des Taxigewerbes beurteile, dass im Falle der Kürzung der Coupon-Gebühren entsprechende Aufträge aufgrund der Mehrkosten nicht mehr angenommen würden.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) teilt mit, dass ihr die Wirtschaftlichkeitsprognose noch nicht vorliege. In diesem Kontext werde das Thema behandelt werden.

Henner Schmidt (FDP) fragt, ob bis heute alle Stellungnahmen zum Entwurf des Kleingartenentwicklungsplans vorlägen und bis wann die Abfrage der Bezirke abgeschlossen und ausgewertet sein werde.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) berichtet, in den letzten Monaten seien Abstimmungsgespräche mit den Bezirken – außer mit Steglitz-Zehlendorf und Friedrichshain-Kreuzberg – geführt worden. Darauf würden Gespräche mit den Bezirksverbänden der Kleingärtner aufbauen. Sie hoffe, dass hier im vierten Quartal etwas vorgelegt werden könne.

Henner Schmidt (FDP) erkundigt sich, in welche Richtung die Stellungnahmen der Bezirke gingen.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) erklärt, dass sie dem weiteren Verfahren nicht vorgehen wolle.

Frank Scholtysek (AfD) fragt, ob der Senat im Zusammenhang mit der offenbar ohne Genehmigung abgetragenen Insel im Yachthafen Schmöckwitz gegen den Eigentümer und/oder Betreiber oder weitere beteiligte Personen rechtliche Schritte eingeleitet habe, und wenn ja, gegen wen welche Maßnahmen eingeleitet worden seien oder würden.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) betont, dass eine Insel ohne Genehmigung abgetragen werde, sei ein empörender Sachverhalt. SenUVK habe am 17. August Anzeige beim LKA gestellt und lasse die strafrechtliche Relevanz prüfen. Darüber hinaus prüfe SenUVK ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen den Betreiber und Eigentümer des Hafengeländes.

Frank Scholtysek (AfD) stellt die Nachfrage, ob der Senat die derzeitigen rechtlichen Regelungen, insbesondere die Höhe möglicher Bußgelder, bei derartigen Verstößen für angemessen halte oder Handlungsbedarf für eine Anpassung sehe.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) antwortet, dass dies ebenfalls geprüft werde.

Katrin Vogel (CDU) bittet um Auskunft, aus welchen Gründen für die Elsenbrücke – zehn Jahre nach einer umfangreichen Sanierung – eine komplette Sperrung für den Verkehr angeordnet worden sei und warum die Elsenbrücke nicht auf der 2017 veröffentlichten Liste sanierungsbedürftiger Brücken gestanden habe.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) macht geltend, dass vor zehn Jahren Instandsetzungsarbeiten, z. B. Neubau des Geländers, der Fahrbahnbeläge und -übergangskonstruktionen, aber keine Ersatzbaumaßnahmen an den tragenden Bauteilen vorgenommen worden seien. Die am 30. August im Zuge planmäßiger Bauwerksüberprüfungen festgestellten Schäden an den Haupttragelementen hätten sich in sehr kurzer Zeit – innerhalb von acht Wochen – manifestiert. Die Risse hätten sich jetzt zwar nicht vergrößert, seien aber so gravierend, dass nicht auszuschließen sei, dass die Brücke ersetzt werden müsse.

Katrin Vogel (CDU) konstatiert, dass offenbar ein kompletter Ersatzneubau notwendig werden könne. Sei über Jahrzehnte mit Verkehrsbeeinträchtigungen zu rechnen?

Senatorin Regine Günther (SenUVK) geht davon aus, dass diese nicht Jahrzehnte anhalten würden. Die Schäden seien weiter zu beobachten. SenUVK werde prüfen, welche Maßnahmen in welchem Zeithorizont die richtigen seien, und schließe eine Behelfsbrücke nicht aus.

Harald Moritz (GRÜNE) fragt, wie SenUVK den Wunsch von Anwohnerinnen/Anwohnern und Behindertenverbänden zur Einrichtung einer barrierefreien Fähre in Friedrichshagen parallel zum Spreetunnel vor dem Hintergrund der Festlegungen zur Barrierefreiheit im Mobilitätsgesetz beurteile.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) hebt hervor, das Mobilitätsgesetz enthalte neue Standards zur Barrierefreiheit, gesellschaftliche Teilhabe sei ein wichtiges Gut. SenUVK prüfe, was eine Fähre leisten könnte und was die Realisierung bedeutete. Sie persönlich unterstütze den Einsatz einer Fähre, weil die Umfahrung für viele Menschen eine Schwierigkeit darstelle, es werde aber noch etwas dauern, bis konkrete Vorschläge vorgestellt werden könnten.

Harald Moritz (GRÜNE) stellt die Nachfrage, ob die Fähre bei positivem Prüfungsergebnis in den Nahverkehrsplan aufgenommen werden solle.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) bestätigt dies.

Kristian Ronneburg (LINKE) erkundigt sich, ob der Senat mit der DB AG eine Lösung zur Finanzierung eines temporären Aufzugs während der Umbauarbeiten am S-Bahnhof Schöne-weide gefunden habe.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) berichtet, dass der Aufzug derzeit von 2 000 Fahrgästen täglich benutzt werde. SenUVK plane den Einbau eines Aufzugs, weil eine Umfahrung für Menschen mit Behinderung, Kinderwagen oder schweren Lasten nicht zumutbar wäre. Der Auftrag hierzu sei vor Kurzem erteilt worden.

Kristian Ronneburg (LINKE) begrüßt dies. Werde der Aufzug bereits zu Beginn der Bauarbeiten zur Verfügung stehen, und wie würden die Kosten aufgeteilt?

Senatorin Regine Günther (SenUVK) teilt mit, dass Details noch erarbeitet würden.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Stand der Entschärfung unfallträchtiger

Straßenkreuzungen

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0019](#)

UmVerk

Senatorin Regine Günther (SenUVK) legt dar, zehn Kreuzungen mit Unfallhäufigkeit sollten entschärft werden. Sie verweise auf abgeschlossene Maßnahmen: Britzer/Buckower Damm, Siemensdamm, Prenzlauer Promenade. Weitere seien in Planung oder im Bau: Yorck-/Katzbachstraße, Dreiecksinsel Schönhauser Allee, Blücher-/Brachvogelstraße, Seestraße/Nordufer, Danziger/Greifswalder Straße. Wahrscheinlich würden vier Maßnahmen 2018 abgeschlossen, die anderen im ersten Quartal 2019.

Harald Moritz (GRÜNE) betont, dass sich die Koalition der Entschärfung gefährlicher Orte im Straßenverkehr widme. Gebe es bereits eine Auflistung gefährlicher Kreuzungen, die demnächst bzw. im nächsten Jahr angegangen würden, und welche seien dies?

Oliver Friederici (CDU) erklärt, dass seine Fraktion den Umbau der zehn Kreuzungen sehr begrüße, damit es möglichst wenig Unfälle und keine Verkehrstoten mehr gebe. Warum seien es nur zehn? Welche weiteren Maßnahmen seien für diese Legislaturperiode geplant?

Henner Schmidt (FDP) unterstreicht, dass der Umbau von Kreuzungen, die insbesondere Fußgänger und Radfahrer gefährdeten, sinnvoll sei. Die ersten zehn sehe er als Pilotprojekte. Welche Maßnahmen würden dort im Kern umgesetzt?

Tino Schopf (SPD) fragt, um welche Maßnahmen es an der Greifswalder Straße gehe.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) verweist darauf, dass das Mobilitätsgesetz die Entschärfung von 10 Kreuzungen für 2018, 20 für 2019 und 30 ab 2020 vorgebe. Die Maßnahmen seien jeweils kreuzungs- und ursachenabhängig, sodass man sich alle Kreuzungen im Detail anschauen müsse. An der Danziger/Greifswalder Straße gehe es um die Einführung einer Radverkehrsanlage mit Anpassung der Signalisierung und Fahrbahnmarkierungen, um Konflikte zwischen Rechtsabbiegern und Radfahrenden zu vermeiden.

Harald Moritz (GRÜNE) erkundigt sich nach der Auswahl der Kreuzungen und den beteiligten Stellen.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) antwortet, federführend sei die VLB. Hauptkriterium sei die Unfallhäufigkeit, aber auch die Schwere der Unfälle.

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, inwieweit der Berücksichtigung aller Bezirke bei der Auswahl Rechnung getragen werde. Umbaupläne könnten teilweise aufgrund von größeren Veranstaltungen nicht gehalten werden, sodass sich Bürger/-innen fragten, weshalb die Verwaltung nicht vorausschauender handele.

Dr. Imke Steinmeyer (SenUVK) legt dar, die Auswahl der Schwerpunkte erfolge in der Unfallkommission aus VLB und Polizei nach einem festen Kriterienkatalog. Entscheidend sei, ob sich aus der Schwere der Unfälle und der Unfallhäufigkeit Handlungsansätze ableiten ließen. Nach Ihrer Kenntnis gebe es keine Bezirksquotierung. Mit den Bezirken sei Einvernehmen über die Lösungen herzustellen; daraus ergebe sich ein Planungsprozess, der gelegentlich länger dauere. Verzögerungen könnten unterschiedliche Gründe haben, z. B. Havarien, Maßnahmen mit Sofortvollzug, bauliche Verzögerungen. Gleichwohl sei es sinnvoll, Zeitpläne für die angestrebten Maßnahmen zu nennen.

Oliver Friederici (CDU) betont, dass ein Kreuzungsumbau 20 Jahre Bestand haben sollte. Eine Trennung und Verlangsamung der Verkehre in Kreuzungsbereichen könne helfen, Unfälle zu vermeiden, was im Ostteil weiter vorangeschritten sei als im Westteil der Stadt. Für seine Fraktion sei ein integrierter Planungsprozess wichtiger als eine schnelle Umsetzung, damit man dauerhaft sichere Lösungen habe.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Berlin als wachsende Stadt, wie bewältigt der Senat
die gleichrangige Förderung aller Verkehrsarten
(Lieferverkehr, PKW, Fahrrad und ÖPNV im
gleichberechtigten Miteinander?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0007](#)
UmVerk

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1030
**Weiterentwicklung des Straßenverkehrskonzepts für
den Nordostraum Berlins**

[0159](#)
UmVerk

Henner Schmidt (FDP) plädiert für eine Weiterentwicklung des Straßenverkehrskonzepts für den Nordostraum angesichts großer Bauvorhaben und stärkerer Verkehrsströme zwischen Pankow und Reinickendorf neben einer Betrachtung der ÖPNV-Anbindungen. Unklar sei, ob

man die TVN in der Art noch brauche. Bei Ortsumfahrungen sei noch kein Gesamtkonzept erkennbar. Notwendig seien eine Bewertung der Planung und ein neues Gesamtkonzept.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) schildert, das Straßennetz im Nordosten sei überlastet und könne zusätzlichen Verkehr nicht aufnehmen. Man brauche ein Konzept für den ÖPNV und ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept Nordost für die Gestaltung des übergeordneten Straßennetzes unter Betrachtung der Verkehrs-/Umweltwirksamkeit und Raumordnung. Sie sei zuversichtlich, dass dies in Kürze präsentiert werden könne.

Harald Moritz (GRÜNE) moniert, dass die FDP den ÖPNV im Antrag ausgeklammert habe. Im StEP Verkehr und Mobilität würden die Planungen gebündelt. Es habe Runde Tische gegeben. Ein Workshop habe sich mit der Entwicklung in Pankow und Buch beschäftigt. Konzepte für die neuen Wohngebiete würden erarbeitet. Insofern komme der Antrag zu spät; das Anliegen sei bereits aufgegriffen worden. Die Runden seien für die Fraktionen offen gewesen; sie hätten sich einbringen können. Herrn Abg. Schmidt habe er dort nicht gesehen.

Oliver Friederici (CDU) betont, das Wachstum der Bevölkerung und Wirtschaftstätigkeit im Nordosten sei weit überdurchschnittlich, sodass Planungen angepasst und leistungsfähige Verbindungen entwickelt werden müssten. Die Sperrung der Eisenbrücke habe gezeigt, dass es in Berlin daran mangle. Der Antrag ziele darauf, über Verbesserungen nachzudenken.

Danny Freymark (CDU) hebt hervor, dass es legitim sei, dass Fraktionen im Parlament Anträge stellten; der Hinweis auf nicht besuchte Veranstaltungen sei nicht fair. Neben der Weiterentwicklung des Straßenverkehrskonzepts müsse natürlich auch der ÖPNV betrachtet werden. Seine Fraktion unterstütze den Antrag. Für die TVN würden immer noch Flächen freigehalten, die für andere Zwecke nicht zur Verfügung stünden, sodass man zeitnah darüber nachdenken müsse. Für P+R gebe es in Berlin keine übergeordnete Planung. P+R gehöre zur Vernetzung der Verkehrsträger und könne die Straßenverbindungen und den begrenzten Parkraum in der Stadt entlasten. Die Planungen für Malchow und Ahrensfelde seien 20 Jahre verschleppt worden; die Wohngebiete müssten dringend vom Fahrzeugverkehr entlastet werden.

Frank Scholtysek (AfD) unterstreicht, dass der Antrag nicht zu spät komme und ihm zuzustimmen sei. Die Region versinke im Stau. Weitere Stadtquartiere seien geplant, ohne dass erkennbar sei, wie sie in das Straßenverkehrssystem der Stadt integriert werden sollten. Runde Tische seien – nach Einschätzung von grüner Seite – ein Instrument für absolute Krisensituationen; insofern werde dies offenbar auch so gesehen. Zur Entschärfung der Situation seien der Weiterbau der A100 und der Ringschluss dringend erforderlich, damit der Verkehr über eine leistungsfähige Autobahn abgeleitet werden könne.

Tino Schopf (SPD) hält entgegen, dass man sich schon seit vielen Jahren mit dem Thema befasse. Nach fast acht Jahren gebe es endlich eine Lösung für die Entwicklung des Pankower Tors. Es würden eine Straßenbahn vom S-Bahnhof Pankow nach Weißensee und ein Parkhaus für ca. 1 000 Räder am U-Bahnhof Pankow gebaut, was für Entlastung sorgen werde. Umlandverkehr werde über die A114 direkt auf das Gelände des Pankower Tors geführt, sodass Durchgangsverkehr in Wohngebieten vermieden werde. Karow und Buch würden über die B2 angeschlossen. Die Ortsumgehungen Malchow und Ahrensfelde seien Teil des Bundesverkehrswegeplans. In den Runden zur Fortschreibung des StEP Verkehr habe sich die Opposition einbringen können, CDU und FDP hätten jedoch nicht teilgenommen.

Kristian Ronneburg (LINKE) macht geltend, dass sich der StEP Verkehr in der Endphase der Erarbeitung befinde. Daher rege er an, den Antrag zu vertagen, bis der StEP vorliege.

Harald Moritz (GRÜNE) verweist darauf, dass die Senatsverwaltung zum Runden Tisch eingeladen habe, nicht seine Fraktion, wobei man über den Begriff streiten könne. Um alle Pendler mit P+R-Parkplätzen zu versorgen, wäre ein Vielfaches der vorhandenen rund 30 000 Stellplätze notwendig. So viele Flächen seien in Bahnhofsnähe gar nicht vorhanden. Im Übrigen stelle sich die Frage, ob wertvolle Flächen an Bahnhöfen anders genutzt werden sollten.

Henner Schmidt (FDP) führt aus, der Antrag komme zur rechten Zeit, weil der StEP Verkehr keine konkreten Lösungen, sondern eine Reihe von Punkten enthalte, die er als Checkliste verstehe. Er sehe Einigkeit, dass in der Region Bedarf für eine Neuplanung bestehe, und bitte um Verständnis, dass eine kleine Fraktion nicht an allen Veranstaltungen teilnehmen könne.

Danny Freymark (CDU) bemerkt, dass zurzeit noch Flächenpotenzial für P+R vorhanden wäre; für Hohenschönhausen und Lichtenberg könne er Flächen aufzeigen. Allerdings sollte man nicht weitere Zeit verstreichen lassen, sondern dies in den StEP Verkehr aufnehmen.

Harald Laatsch (AfD) knüpft an, dass Parkflächenprobleme mit Tiefgaragen gelöst werden könnten. Der stete Hinweis, dass die Koalition ja schon plane, trage keine Früchte; im Mobilitätsgesetz komme Autoverkehr gar nicht vor. Der FDP-Antrag sei deutlich zu unterstützen.

Senatorin Regine Günther (SenUVK) wendet ein, dass der Senat erst 20 Monate im Amt sei und größere Projekte wie der StEP Verkehr, der Nahverkehrsplan und die Planung für den Nordostraum Zeit brauchten. Mit umfassenden Dokumenten, die Bedeutung für die ganze Stadt hätten, werde man nun im Herbst in die Diskussion kommen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des Antrags Drs 18/1030 zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/0551
Behördlich organisierte Bekämpfung der Ambrosia-Pflanze | 0093
UmVerk(f)
EuroBundMed*
GesPflegGleich*
Haupt, InnSichO |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Umgang mit invasiven Arten in Berlin, insbesondere Bekämpfung der Ambrosia-Pflanze
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0118
UmVerk |

Frank Scholtysek (AfD) schildert, die Ambrosia-Pflanze sei hochallergen und könne erhebliche gesundheitliche Probleme auslösen; die Grenzwerte für die Pollenbelastung würden in Berlin im August und September regelmäßig überschritten. Die Mittel zur Bekämpfung seien

im Haushalt bereits verdoppelt worden. Den Bürgern – insbesondere in Treptow-Köpenick – müsse geholfen werden. Daher sollte die Koalition dem Antrag zustimmen.

Daniel Buchholz (SPD) greift auf, dass die Mittel zur Ambrosia-Bekämpfung erhöht worden seien. Es habe bereits Vorarbeiten für einen Atlas gegeben. Er frage, welche Aufgaben das PflA wahrnehme, und gehe davon aus, dass der Antrag damit erledigt sei.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE) unterstreicht, dass der Antrag obsolet sei. Seit 2009 gebe es das Aktionsprogramm gegen Ambrosia. Standorte könnten per App gemeldet werden. Die FU befasse sich mit dem Thema. Es gebe darüber hinaus von Juni bis September eine Hotline.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) berichtet, im PflA sei eine Stelle eingerichtet, eine Reihe von Aktivitäten bereits eingeleitet worden: Maden zur Pollenreduktion, elektronische Erfassung, Fortführung des FU-Atlas, Aufbau eines Internetangebots. Treptow-Köpenick sei stark betroffen; Aktivitäten würden dort konzentriert. Wichtig sei auch die intensive Zusammenarbeit mit Brandenburg. Das Anliegen sei wichtig; man sei auf einem guten Weg.

Peter Boas (PflA) ergänzt, im April habe man mit der behördlich organisierten Ambrosia-Bekämpfung begonnen. Ziel sei die weitgehende Entfernung. Der FU-Atlas, der ansonsten ausgelaufen wäre, werde nächstes Jahr in das Internetangebot der SenUVK überführt, die Ambrosia-App erweitert und benutzerfreundlicher. Standortmitteilungen würden an eine Kollegin weitergegeben, sollten aber möglichst elektronisch erfolgen. Das Internetangebot werde in Kürze freigeschaltet und fortlaufend aktualisiert. Es gebe einen Arbeitskreis der an der Bekämpfung Beteiligten. Diese sei standortabhängig und in Adlershof auf einer Versuchsfläche angegangen worden. Bei breitwurzigen Arten sei es mit Ausreißen allein nicht getan. Ambrosia auf Baumscheiben solle bekämpft werden. Auf Grünstreifen spiele sie nur eine untergeordnete Rolle. Den Sommer habe sie gut überstanden. Mit der Bauwirtschaft werde zu erörtern sein, dass die Pflanze bei Erdaushub und -verbringung nicht weiter verbreitet werde.

Frank Scholtysek (AfD) erklärt, dass seine Fraktion den Antrag durch die Ausführungen bestätigt sehe. Die Arbeit sei sinnvoll und lobenswert.

Marion Platta (LINKE) äußert, von der nationalen Expertenkommission 2013 sei einiges sicherlich in der Berliner Verwaltung angekommen. Das PflA habe im August Ambrosia bei einer öffentlichen Baumaßnahme in der Invalidenstraße gefunden. Sie interessiere, welche Maßnahmen das Land ergriffen habe, um die Bekämpfung schneller voranzutreiben, und ob die Abgeordneten und die Öffentlichkeit Einblick in die Arbeitsgruppenprotokolle nehmen könnten. Im Übrigen finde sie die Informationspolitik bei der Ambrosia schon ausreichend.

Henner Schmidt (FDP) bemerkt, restriktivere Regelungen auf Bundesebene, z. B. eine Bekämpfungspflicht, wären wünschenswert. Vieles habe sich erst nach der Antragstellung getan. Zuvor habe es noch keine zentrale Koordination der Bekämpfung in Berlin gegeben. Existiere über die App hinaus eine Zusammenarbeit mit Brandenburg?

Daniel Buchholz (SPD) fragt, wie gut die Abstimmung mit den Bezirken laufe, wie diese weiter angegangen werde und wie erreicht werden könne, dass bei Erdaushub und -verbringung Ambrosia zumindest nicht in der Deckschicht vorhanden sei.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) schildert, die Gespräche mit den Bezirken würden nach der Erfassung intensiviert, um bei den operativen Konsequenzen zu Verabredungen zu kommen. Einzubeziehen sei auch die BSR. Treptow-Köpenick stehe im zentralen Fokus. Eine Ausweitung sei allerdings notwendig. Mit Brandenburg hätten erste Gespräche stattgefunden, es sei aber nicht einfach, die richtigen Ansprechpartner zu finden.

Peter Boas (PflA) ergänzt, das Thema Erdaushub solle in den Wintermonaten mit SenStadtWohn und den Verbänden der Bauwirtschaft angegangen werden, weil das Projekt sonst scheitere. Die Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Gesundheitsministerium sei sehr gut. Ab Oktober werde es einen Ambrosia-Beauftragten in Brandenburg geben. Da auch der Speckgürtel betroffen sei, werde eine enge Kooperation angestrebt.

Der **Ausschuss** vertagt den Besprechungspunkt und beschließt, die Ablehnung des Antrags Drs 18/0551 – auch mit geändertem Berichtsdatum 31. Dezember 2018 – zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0165](#)
UmVerk
Drucksache 18/1124
Das Flussbad Berlin zum Fließen bringen
Drucksache 18/0665
(auf Antrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0167](#)
UmVerk
Das Flussbad Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP)

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) legt dar, der Senat habe einen Steuerungskreis eingerichtet, in dem SenStadtWohn – federführend –, SenUVK, SenKultEuropa – für Fragen des Denkmalschutzes –, WSA und Flussbadinitiative vertreten seien, und eine Struktur auf Arbeitsebene unterlegt, wo zweimonatlich ein Austausch stattfindet, um Probleme einer Realisierung zu besprechen und zu lösen. Es handele sich um ein gutes und wichtiges Projekt, aber für konkrete Problemstellungen seien noch innovative Lösungen zu finden.

Gudrun Matthes (SenStadtWohn) ergänzt, das Projekt sei von 2014 bis 2018 im Rahmen des Programms Nationale Projekte des Städtebaus gefördert worden und solle nun in eine Realisierungsphase übergehen. Für 2019 habe das Abghs Geld bereitgestellt. Die Geschäftsstelle des Trägers werde mit 250 000 Euro finanziert. SenStadtWohn werde 2019 Entscheidungsvorlagen fertigen, damit der Senat einen Beschluss über die Realisierung fällen könne.

Daniel Buchholz (SPD) begrüßt das Projekt und dessen Realisierung. Auf Landesebene sehe er einen großen politischen Konsens, jedoch verfolgten Bundesinstitutionen offenbar andere Pläne. Er frage nach den Abstimmungen mit dem Bund, damit nicht Fakten geschaffen würden, die das Flussbad unmöglich machten, und der Denkmalpflege des Bundes/Landes.

Oliver Friederici (CDU) erklärt, dass seine Fraktion das Projekt positiv begleite. Es würde die Stadt noch besser erlebbar machen. Ihn interessiere, inwieweit mit den Verwaltungsebenen des Bundes eine Problemlage bestehe und wann das Flussbad starten könnte.

Georg Kössler (GRÜNE) äußert, nach dem Abghs-Beschluss sei die Sache entschieden, im Senat sehe er Unterstützung; es gehe um die Umsetzung. Würden die Denkmalschutzfragen 2019 ebenfalls geklärt? Ziel müsse sein, in dieser Wahlperiode alle Weichen, auch beim Bund, zu stellen. Bei Problemen sollten die Parteien auf ihre Bundestagsabgeordneten zugehen.

Katalin Gennburg (LINKE) signalisiert Unterstützung. Bei Großprojekten gebe es immer wieder ein Ebenengerangel zwischen Land und Bund. Sie erwarte substanzielle Fortschritte und frage nach konkreten Zeitscheiben, damit die Beteiligten Planungssicherheit hätten, Problemen bei den Genehmigungsverfahren und der Sicherung auch umliegender Flächen.

Henner Schmidt (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion das Projekt deutlich unterstütze, wenn gleich noch viele offene Fragen zu klären seien. Die Schaffung der neuen Arbeitsstruktur begrüße er daher. Seien noch Grundstücksfragen zu klären? Wolle der Bund weiterhin Schifffahrt in dem Bereich gewährleisten?

Frank Scholtysek (AfD) bemerkt, seine Fraktion habe sich verhalten geäußert, sei aber nicht grundsätzlich gegen das Flussbad. Ihn interessiere, inwieweit der Kanalabschnitt mit Munition aus dem letzten Weltkrieg belastet sei und wie sich die Finanzierung dann ggf. darstelle.

Andreas Kugler (SPD) erkundigt sich nach der Gewässerqualität. Welche Maßnahmen wären notwendig, um Badequalität zu erreichen?

Gudrun Matthes (SenStadtWohn) betont, dass man bei der Realisierung vom Bund abhängig sei. Der Mühlendammwehrneubau habe Auswirkungen. Der Spreekanal werde bei der Sanierung der Museen auf der Museumsinsel als Zufahrt genutzt. Es gebe Zeitschienen bis 2025. Eine Treppe vor dem Humboldt-Forum solle nach Fertigstellung der U5 als Wasserzugang im Zuge der Freiflächenherstellung realisiert werden. Ende September werde eine Machbarkeitsstudie vorliegen. Es werde ein Förderantrag beim Bund gestellt. Mit der Denkmalpflege habe man bereits gute Lösungen gefunden. Zum Jahresende werde die städtebauliche Studie des Vereins nebst Kurzfassung vorliegen. Erste Gespräche mit dem Bund über Flächen liefen. Gespräche mit dem WSA seien schwierig. Mit dem WNA gebe es erste Abstimmungen zum Mühlendammwehr. In den B-Plan zur ESMT würden die Belange des Flussbads eingebracht.

Staatssekretär Stefan Tidow (SenUVK) hebt hervor, dass mit erheblichem Investitionsbedarf zu rechnen sei, z. B. im Hinblick auf die Mischwasserproblematik, die Erneuerung der Spundwände und Gestaltung der Uferbereiche. Zur Qualität des zulaufenden Wassers gebe es einen Pilotversuch. Auch auf Hochwasser müsse man sich vorbereiten. Dies sei aber nach Gesprächen mit dem Bund über die Schleuse kein Ausschlusskriterium mehr.

Birgit Fritz-Taute (SenUVK) ergänzt, Gewässerökologie und Badegewässerqualität des Kupfergrabens seien momentan schlecht. Deshalb gebe es Versuche mit einem Filter. Badegewässerqualität orientiere sich in erster Linie an der Hygiene. Die Machbarkeitsstudie bleibe abzuwarten. Die Mischwasserüberläufe seien das Hauptproblem.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechungen ab und nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.